



PROTOKOLL

**der Sitzung des Auslandschweizerrates
vom 24. März 2012, von 09.00 bis 17.45 Uhr
im Rathaus Bern**

TRAKTANDEN

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum
2. Protokoll der Sitzung vom 26. August 2011
3. Bericht des Präsidenten
4. Mitteilungen
5. Eidgenössische Wahlen 2011 – Rückblick/Folgerungen
6. Petition E-Voting
7. Konsularische Dienstleistungen/Schweizer Aussennetz – Standortbestimmung
8. Auslandaktivitäten von Pro Helvetia
9. SwissCommunity – Nutzung durch Schweizervereine
10. Schweizer Banken und Auslandschweizer
11. ASR-Neuwahl 2013 – Pilotprojekt E-Wahl
12. Aktuelle Stunde
13. Schweizer in Russland – Präsentation
14. Jahresbericht 2011 – Genehmigung
15. Jahresrechnung 2011 – Genehmigung
16. Budget 2012 – Genehmigung
17. Wahlen (ASR, Vorstand, Kommission Schweizer Revue)
18. Anerkennung von Schweizervereinen
19. Verschiedenes

Die Traktanden wurden in folgender Reihenfolge behandelt: 1-8 – Lunch – 10, 9, 11-19.

Der Präsident, Jacques-Simon Eggly, heisst die Anwesenden in Bern willkommen. Er begrüsst den Ehrenpräsidenten Georg Stucky und sowie die Vertreter des EDA, Gerhard Brügger, Jean-François Lichtenstern und Thomas Kalau. Er freut sich über die Präsenz von alt Nationalrätin Thérèse Meyer-Kaelin sowie der alt Nationalräte Remo Gysin und Yves Guisan. Weiter begrüsst er Rita Strassmann, die einen schweren Verkehrsunfall überwunden hat, Alain Champion, neues ASR-Mitglied für Chile und Herrn Kambly. Er entschuldigt die Ehrenpräsidenten Jean-Jacques Cevey und Walther Hofer.

Die Traktandenliste wird ohne Bemerkungen angenommen.

Als Stimmzähler schlägt Herr Wyder Jean-Pierre Stern, Adrian Beer und Beat Knoblauch vor. Diese werden stillschweigend gewählt.

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum

Der Rat zählt aktuell 132 Stimmberechtigte, davon sind zu Beginn der Sitzung 79 anwesend. Das verlangte Quorum (ein Drittel oder 44 Stimmen) ist somit erreicht. Der Rat ist beschlussfähig.

2. Protokoll der Sitzung vom 26. August 2011

Das Protokoll wurde den Ratsmitgliedern am 4. Oktober 2011 zugestellt. Zwei beantragte Änderungen (Etchart/Seite 3 und Gysin/Seite 5) sind vorgenommen worden. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Protokoll.

Herr Eggly erklärt das Protokoll als genehmigt und dankt der Verfasserin.

3. Bericht des Präsidenten

Herr Eggly geht in seinem aktuellen Rechenschaftsbericht insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Vote électronique - Petition
- Auslandschweizergesetz – Initiative Lombardi – kohärente Auslandschweizerpolitik
- Bundesgesetz über die Ausbildung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer
- 20 Jahre Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizer

*Für den genauen Wortlaut sei auf den Bericht des Präsidenten (**Dokument R-2012/3**) verwiesen.*

Herr Knoblauch unterstreicht die Wichtigkeit des Auslandschweizergesetzes. Er schlägt jedoch vor, die Auslandschweizer dazu zu konsultieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich zu äussern. Der ASR solle sich weiter damit befassen, ob eine Auslandschweizer Vertretung im eidgenössischen Parlament gewünscht sei.

Herr Eggly erinnert daran, dass der ASR über das Gesetz diskutiert habe. Der Entwurf sei vom Rat verabschiedet worden. Die Auslandschweizer hätten via Diskussionsforum auf SwissCommunity die Möglichkeit, sich zu äussern. Diese Meinungen würden zur Kenntnis genommen. Die Frage nach einem direkten Auslandschweizer Vertreter sei aufgeworfen worden. Der Ständerat habe dies jedoch abgelehnt.

Herr Bruhart erkundigt sich, was die Auslandschweizer quantitativ kosten und einbringen würden.

Herr Wyder erklärt, beim Nationalfonds sei von den Universitäten Neuenburg und Genf ein Projekt eingereicht worden, das u.a. der Frage nachgehen soll, welches die wirtschaftlichen Wirkungen der internationalen Mobilität der Schweizer sind. Das Projekt sei aber noch nicht bewilligt worden.

Herr Heinimann ergänzt zu den Schweizer Schulen im Ausland, Bildung sei einer der wenigen Rohstoffe der Schweiz, und dieser Punkt gehe oft vergessen. Schweizer Schulen würden sehr zum Respekt von Kultur und Traditionen im Ausland beitragen und Freundschaften im Ausland fördern.

Herr Widmer bekräftigt, kulturelles Verständnis werde an den Schulen sehr gefördert. Es würden jedoch auch noch Schulen fehlen, zum Beispiel in Indien, Russland oder China. Deshalb müsse das neue Gesetz kommen. Es sei sehr schwierig, eine Schule zu gründen, wenn der Bund keine Anschubfinanzierung gewähre.

Auch Herr Begey spricht sich für die Schweizer Schulen aus. So bleibe der Kontakt mit jungen Auslandschweizern erhalten und Schweizer Vereine, Institutionen und ASR würden später verjüngt.

Herr Lemeslif fordert, dass die Schweizer Schule in Paris nicht vergessen gehe. Diese Handelsschule bilde junge Auslandschweizer in Frankreich aus.

4. Mitteilungen

Herr Wyder verweist auf das **Dokument R-2012/4** und ergänzt dieses durch folgende Punkte:

- Auslandschweizerstatistik: Die Fünfte Schweiz sei auf mehr als 700'000 Personen angewachsen. Sehr erfreulich sei auch das Wachstum der Zahl der eingetragenen Stimmberechtigten. Diese liege nun über 143'000 und übertreffe damit den Kanton Graubünden.
- Das öffentliche Interesse an der Fünften Schweiz wachse: In den Medien würden immer mehr Artikel über Auslandschweizer publiziert. Auch die Forschung sei interessiert. Er verweist auf das Symposium am 8. Juni 2012 an der Universität Bern über die Geschichte der Auslandschweizer und der ASO.
- Alt Nationalrätin Thérèse Meyer-Kaelin habe erwirken können, dass es in Zukunft immer noch die nicht biometrische Identitätskarte gebe. Besonders wichtig sei dies für Auslandschweizer. Die ASO habe Bundesrätin Sommaruga ersucht, die ID ohne Chip auch ohne den Gang zu einem Konsulat zugänglich zu machen und dass vielreisende Auslandschweizer sich einen dickeren Pass besorgen können. Antwort: Für die ID müsse man auf ein Konsulat und einen dickeren Pass werde es in nächster Zeit nicht geben. Die ASO wird aber weiterhin auf Erleichterung drängen, vor allem bei Erneuerungen.
- Ständeratswahl: Der Grosse Rat Basel-Stadt habe die Regierung beauftragt, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, damit Auslandschweizer auch an den Ständeratswahlen mitmachen können. Bisher sei dies nur in 11 Kantonen möglich.
- Die Schweizer Revue werde im laufenden Jahr wieder 6 Mal erscheinen. Die ASO sei erleichtert und erfreut und danke der Leitung der Konsularischen Direktion. Bundesrat Burkhalter habe die Absicht erklärt, es auch in den kommenden Jahren bei 6 Nummern zu belassen.

Herr Eggly ist sehr erfreut über die Entscheidung und dankt dem Departement.

Herr Kambly (Sponsor der Kaffeepause) ist von der Wichtigkeit der Auslandschweizer für die Schweiz überzeugt. Sie würden den weitweiten Dialog fördern. Kambly sei eine kleine Schweizer Unternehmung und in vielen Ländern völlig unbekannt. Die Auslandschweizer und Kambly hätten viele Parallelen: Qualität ohne Kompromiss, Wahrhaftigkeit, Respekt und der Wille, immer wieder das Beste zu geben. Herr Kambly lädt die ASR-Mitglieder ein, nicht nur die Schweiz in der ganzen Welt zu vertreten, sondern auch Produkte wie die seines Hauses und damit ein Stück Heimat.

Herr Eggly dank im Namen des ASR für die offerierte Kaffeepause und die Gebäckkostproben.

5. Eidgenössische Wahlen 2011 – Rückblick/Folgerungen

Herr Wyder verweist auf das **Dokument R-2012/5** und kommentiert das Auslandschweizer Wahlverhalten, das Abschneiden der Auslandskandidaten, die Wahlbeteiligung sowie die erfolgreichen E-Selecting-Versuche in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Graubünden und St.Gallen.

Herr Ringger fragt, warum in Zürich E-Voting nicht mehr möglich sei.

Herr Wyder antwortet, der Kanton habe einen Marschhalt eingelegt und konzipiere sein E-Voting-System neu. Kantone, die das Zürcher System anwendeten, könnten dieses weiterhin nutzen.

Frau Prutsch fragt, ob die ASO im Parlament nicht einen Beobachterstatus erlangen könnte.

Herr Wyder erklärt, man sei weit über den Beobachterstatus hinaus. Durch die Parlamentarier im ASR und die Parlamentarische Gruppe „Auslandsschweizer“ sei man mit dem Parlament eng verbunden.

6. Petition E-Voting

Frau Engel verweist auf das **Dokument R-2012/6** und lädt die Ratsmitglieder zur aktiven Mitwirkung bei der Unterschriftensammlung für die E-Voting-Petition der ASO ein.

Herrn Martin fehlt beim E-Voting die Transparenz. Er wünscht sich Zugang zur Software, an der er zweifelt. Er beanstandet, dass Afrikaschweizer nicht elektronisch wählen könnten.

Herr Eggly erwidert, bisher funktioniere E-Voting einwandfrei. Es gebe Gegner, aber grundsätzlich seien die Risiken nicht grösser als bei den brieflichen Wahlen. Die Aufgabe der ASO sei es, Druck zu machen, dass E-Voting so rasch wie möglich für alle Schweizer eingeführt werde.

Herr Notz fragt, wie viele Unterschriften eingegangen seien und wünscht eine Deadline für die Sammlung. Er fragt auch, ob festgestellt werden könne, wie viele Unterschriften pro Land abgegeben würden.

Frau Engel antwortet, die Zahl Unterschriften liege bei 6200 [Stand 23.03.2012]. Die Anzahl Stimmen pro Land könnten festgestellt werden. Die Frist laufe bis Anfang August.

Frau Fenske wird SwissCommunity an Veranstaltungen des Schweizer Vereins aufschalten damit die Teilnehmer unterschreiben lassen.

Herr Brunner fragt, warum die ASO es nicht wage, die Hintergründe des E-Voting offen zu diskutieren. EDV sei leicht zu manipulieren und die Sicherheit müsse gewährleistet sein. Es müsse eine grösstmögliche Transparenz existieren. Er schlägt vor, eine Kommission aus dem ASR solle diese Fragen verfolgen.

Herr Eggly schlägt vor, zu einer der nächsten Sitzungen Experten zu E-Voting einzuladen. Es sei nicht an Laien, über technische Fragen zu urteilen. Der ASR sei für E-Voting. Modalitäten seien durch Experten zu regeln.

Frau Millet-Leroux fragt, warum Wohnort und Wohnland anzugeben seien aber nicht der Heimatkanton.

Frau Engel erwidert, man habe die Vorgaben der Bundeskanzlei befolgt und da brauche es den Heimatkanton nicht.

Herr Martin befürwortet, dass ein Experte vor dem Rat spricht. Er wünscht aber auch eine neutrale Person, die erklärt, wie das System funktioniert.

Herr Lichtenstern erkundigt sich, wie in der Schweiz Werbung für die Petition gemacht werde.

Frau Engel antwortet, es würden Freude, Bekannte, Kommunikationsverantwortliche von Organisationen, Journalisten, usw. angeschrieben.

Frau Rustichelli ergänzt, die politischen Parteien seien kontaktiert worden. Und SwissCommunity sei auch innerhalb der Schweiz ein Instrument. 15% der Mitglieder seien Inlandsschweizer. Es werde auch regelmässig in den Newsletters der ASO darauf hingewiesen.

7. Konsularische Dienstleistungen/Schweizer Aussennetz – Standortbestimmung

Herr Eggly verweist auf das **Dokument R-2012/7** und hofft, dass aus Herrn Brüggers Vortrag keine weiteren Konsulatsschliessungen hervorgehen werden. Die physische Präsenz der Schweiz im Aus-

land sei sehr wichtig. Der ASR halte an dieser Linie fest. Wo es grosse Schweizergemeinschaften gebe, brauche es ein Konsulat.

Herr Brügger versichert, Ziele der ASO und des EDA würden sich weitgehend decken. Die Konsularzentren seien in Entwicklung. Die Dienstleistungen würden weitgehend zur Verfügung stehen. Man habe Massnahmen ergriffen, damit durch die Verlagerungen keine Lächer entstünden, z.B. Abkommen mit kantonalen Passbüros, mobile Biometrie-Erfassungsgeräte beschafft, Kurse durchgeführt, Personal ausgebildet. Die Rückmeldungen seien positiv und zeigten, dass es in die richtige Richtung gehe. Honorarvertreter könnten Lebensbescheinigungen ausstellen. Die Helpline werde pro Monat 2500 Mal angerufen. 95% der Anfragen würden beim ersten Anruf erledigt. Ab dem 1. Mai stehe sie 24 Stunden am Tag weltweit zur Verfügung. Die Erreichbarkeit von Personen in Notlagen sei immer noch schwierig, wenn es kein Konsulat gebe. Wenn erforderlich, sei aber immer jemand schnell vor Ort. Ein mobiles Erfassungsgerät sei letzte Woche zum ersten Mal in Ungarn im Einsatz gewesen und habe 50 Anfragen bearbeitet und Daten erfasst. E-Government sein in Entwicklung, es seien noch Sicherheitsfragen zu behandeln. Die Anwendung werde 2014 eingeführt.

Zuoberst auf der Agenda von Bundesrat Burkhalter stehe der Dialog mit der Fünften Schweiz. Er wünsche eine rasche Schaffung des Auslandschweizergesetzes. Die Wichtigkeit der Auslandschweizer im Rahmen der aussenpolitischen Strategie sei gross.

Die Schaffung der regionalen Konsularcenters werde von Bundesrat Burkhalter unterstützt. Mit der ASO sei eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen worden, wodurch ein strukturierter Dialog sichergestellt werde. Die Konsularische Direktion sei für das Auslandschweizergesetz und auch für den Guichet unique, welcher einer Forderung des Parlaments (Motion Brunschwig Graf) entspreche. Das EDA werde betreffend E-Voting im Sinne der ASO vorstellig werden. Der Konsularischen Direktion sei auch sehr daran gelegen, in der Problematik mit den Banken und den Auslandschweizern zu einer Lösung beizutragen. Allerdings habe sie kein Weisungsrecht gegenüber dem privaten Sektor.

Herr Eggly sagt, der ASO liege viel an der Einführung des Auslandschweizergesetzes und dankt für die Unterstützung des EDA. Weiter ist er der Meinung, dass Konsulatsschliessungen nicht nur aufgrund technischer und administrativer Erwägungen beschlossen werden könnten. Wenn ein Norwegenschweizer nach Schweden und ein Portugalschweizer nach Spanien verwiesen werde, dann ignoriere man die Geschichte.

Frau Silberstein versteht nicht, warum Bangkok ein Hub werden solle, dem Malaysia unterstehe, obwohl Singapur eine sehr gut funktionierende Botschaft habe. Die vielen Grenzgänger in Singapur müssten dann nach Bangkok.

Frau Von Hertzen beantragt, dass Formulare, die auch von Personen im Ausland ausgefüllt werden müssen, in Englisch zur Verfügung stehen.

Frau Violet fragt, wie die Helpline von Übersee wählbar sei.

Herr McGough fragt, was der neue Konsul in Budapest mache, wenn es kein Konsulat gebe. Er spricht sich für die Wiederherstellung des früheren Konsulats aus, welches für die Schweizergemeinschaft wie eine Gemeindeverwaltung gewesen sei. Es gebe viele alte Leute, ehemalige Ungarn, die eingebürgert wurden. Diese könnten es sich nicht leisten, nach Wien zu fahren. Herr McGough fragt, ob ein Honorarkonsul eine Lösung wäre. Im Moment übernehme die Website des Schweizervereins Ungarn viele informative Aufgaben und habe im letzten Jahr 106'000 Besucher gehabt. E-Voting werde von der Schweizergemeinschaft in Ungarn sehr begrüsst.

Herr Brulhart möchte wissen, ob die Schaffung von regionalen Konsularzentren wirtschaftlich begründet sei.

Frau Ruchet fragt, ob Auslandschweizer nicht das Konsulat wählen könnten, das ihnen am nächsten liege.

Herr Wyder gibt zu bedenken, es gelte auch die diplomatische Seite und die politischen Sensibilitäten zu beachten. In 14 Botschaften sei die konsularische Abteilung geschlossen worden, 5 weitere Schliessungen seien schon beschlossen. Betriebswirtschaft sei nicht die Antwort auf alles. Er fragt, wie die Gaststaaten dies aufnehmen würden und wie ein Botschafter quasi alleine noch funktions-tüchtig sein solle.

Herr Brügger erwidert, niemand im EDA wolle Vertretungen schliessen. Man sei aber zu Einschnitten gezwungen, weil die Mittel für das bisherige Netz plus neue Vertretungen an aufstrebenden Orten nicht reichten. Es gehe um Geld, welches das EDA nicht habe. Deshalb müsse betriebswirtschaftlich gerechnet werden. Trotzdem würden auch andere Aspekte betrachtet, z.B. wurde in Deutschland die Zentralisierung abgebrochen. Die historische Komponente sei auch zu beachten, aber hier gehe es um Schweizer Bürger. Die Nummer der Hotline funktioniere mit 0041 als Vorwahl meistens. Es sei ein Ziel für 2012, die Formulare zu übersetzen. Der neue Konsul in Budapest mache Interessenvertretung und kümmere sich um politische und diplomatische Geschäfte. Ein Honorarvertreter mache in Budapest wenig Sinn, weil er ohne Vertretung nicht viel ausrichten könne. Auslandschweizer könnten ihren Konsularkreis nicht frei wählen, dazu müsse sich auch der betroffene Staat äussern. Herr Brügger bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass keine Botschaften geschlossen werden. Warum Bangkok zum Hub werde und nicht Singapur, beruhe auf den guten Infrastrukturen, die Bangkok biete, sowie der Konzentration von konsularischem Personal.

8. Auslandaktivitäten von Pro Helvetia

Herr Knüsel, Direktor Pro Helvetia, erklärt, seine Organisation unterstehe einem neuen Gesetz, die Ausrichtung habe sich aber nicht komplett verändert. Vier Aufgaben stellten die Hauptpfeiler dar: Nachwuchsförderung, Kurationsförderung, Austausch und Kulturvermittlung. Projekte müssten mit dem Stiftungszweck übereinstimmen, müssten schweizbezogen sein, eine gewisse nationale Bedeutung haben, das Kosten-/Nutzenverhältnis müsse stimmen und sie müssten künstlerisch qualitativ hochstehend sein. Für Pro Helvetia sei zeitgenössisches Kulturschaffen ganz wichtig, so wie die Interessenwahrung. Pro Helvetia funktioniere autonom. Kunst und Kulturaustausch seien Selbstzweck. Dies geschehe in Zusammenarbeit mit EDA, Präsenz Schweiz, swissinfo, dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung und Swissnex. Ein grosser Teil der Anfragen an Pro Helvetia sei für Schweizer Künstler für Veranstaltungen im Ausland. Die Instrumente von Pro Helvetia seien: Projektgesuche, das elektronische Gesuchsportal, Aussenstellen, ein Kulturzentrum in Paris, eine Beteiligung in Rom und teils Mailand, Venedig komme wieder zu Pro Helvetia zurück, das Swiss Institute in New York werde teils durch Pro Helvetia finanziert. Aussenstellen seien mobil, würden nach gewisser Zeit geschlossen und anderswo wieder aufgebaut. Es seien jeweils nur lokale Mitarbeiter angestellt. Einerseits aus Kostengründen und weil man besser mit der lokalen Kultur verbunden sei. Für Auslandschweizer stünden viele Informationen zur Verfügung wie die Website, Newsletters, etc. Herr Knüsel macht speziell auf das Künstlerkarussell auf der Website von Pro Helvetia aufmerksam.

Herr Eggly dankt Herrn Knüsel für sein Exposé und weist die Anwesenden auf das von diesem mitverfasste Buch „Kulturinfarkt“ hin, das in Kürze erscheinen wird und bereits vor seiner Publikationen heftige Diskussionen ausgelöst hat.

10. Schweizer Banken und Auslandschweizer

Herr Eggly stellt fest, dass die Schweizer Banken anscheinend entschieden hätten, keine Auslandschweizer Kunden mehr zu wollen. Entweder würden hohe Gebühren erhoben oder Konten würden gekündigt. Die Auslandschweizer seien enttäuscht und schockiert. Die ASO habe u.a. den Präsidenten der Bankiervereinigung getroffen und werde weiterhin unternehmen, was in ihrer Macht stehe.

Frau Mastantuoni ergänzt, auf SwissCommunity sei die Bankendiskussion die mit den meisten Beiträgen. Es betreffe nicht nur die USA, sondern z.B. auch Deutschland und weitere Länder. Die ASO sei an einer Befragung der Banken. Einzelne Ergebnisse seien: US-Personen würden von den Banken nicht mehr akzeptiert. Die Kantonalbanken würden eine Verbindung zum jeweiligen Kanton fordern. Die Gebühren seien hoch. Die UBS fordere einen Mindestbetrag von CHF 25'000, die ZKB von CHF 100'000 für ein Konto. Die ASO habe den Preisüberwacher kontaktiert. Die Antwort sei noch ausstehend. Der einzige Rat, der vorübergehend gegeben werden könne, sei, sich an PostFinance zu wenden.

Herr Eggly sagt, auch das Parlament könne nichts unternehmen und verweist auf eine parlamentarische Frage von Nationalrat Stamm (SVP).

Frau Michel ist empört, dass die Auslandschweizer zwar immer als Botschafter der Schweiz gerühmt, dann aber fallengelassen würden. Eine Umfrage in Deutschland zeige, dass es Gründe gebe, ein Konto in der Schweiz zu haben: Pensionskassen würden nur auf Schweizer Konten überweisen, Senioren mit Schweizer Krankenkasse ohne Möglichkeit zu wechseln müssten die Prämien in der Schweiz entrichten, laufende Kosten für Zweitwohnung, Grabpflege, Ausbildungskonto für Kinder, Ferien in der Schweiz, Vorsorge für eventuelle Rückkehr, Heimatverbundenheit. Banken würden abstruse Begründungen geben, warum es nicht möglich sei, ein Konto zu eröffnen. Viele Auslandschweizer würden sich Sorgen um das Image des Finanzplatzes und der Schweiz machen. Es werde auch kein Halt vor Jugendsparkonten gemacht. Inzwischen sei es auch heikel, eine Adresse in der Schweiz anzugeben.

Herr Stern zitiert zwei Artikel, in welchen er einerseits auf die Probleme der Banken mit den USA und andererseits auf Postfinance eingeht, bei welcher sich die Lage durch die Revision der Postverordnung eventuell auch verschärfen werde.

Herr Guisan ist erstaunt über die Aussage des Bundesrats, Banken seien Privatunternehmen und könnten nicht belangt werden. Man nehme die seit der Bankenkrise veränderte Lage nicht wahr. Banken spielten eine grosse wirtschaftliche und soziale Rolle. Ausserdem entgehe ihnen durch die Zurückweisung der Auslandschweizer ein wichtiges Geschäft. Herr Guisan ist der Meinung, der Bund müsse seine Verantwortung wahrnehmen.

Herr Bloch ärgert sich über die Rechtfertigungen der Banken. Alt Bundesrat Villiger habe als Verwaltungsratspräsident der UBS gesagt, man müsse wieder zu den Tugenden zurückfinden. Aber gerade das machten die Banken nicht. Sie würden sich mit einer Arroganz sondergleichen benehmen. Die Auslandschweizer würden diskriminiert und abgewiesen. Die Banken hätten nichts dazugelernt. Sie würden Auslandschweizer ermuntern, in die Trickkiste zu greifen, um auszuweichen. Banken seien nur bis zu einem gewissen Punkt privatrechtlich organisiert. Er fordert den Vorstand auf, weiterhin sehr hartnäckig zu bleiben. Die Presse solle dies weiterleiten.

Herr McGough spricht von „Bangstern“ und fordert, die ASO solle ihre Bankkonten auflösen und zu PostFinance gehen.

Herr Eggly wendet ein, dass die Post möglicherweise bald den gleichen Weg wie die Banken einschlagen werden.

Herr Strahm schlägt vor, die Empörung der ASO in etwas Konstruktives umzuwandeln. Die ASO solle mit interessierten Banken verhandeln. Er habe eine kleine Bank gefunden und sei sehr zufrieden.

Herr Jäggi fordert, dass Konzessionen für Banken periodisch neu vergeben werden, mit klaren Regeln. Der Vorstand solle dies prüfen.

Herr Hächler erklärt, ein älteres Ehepaar aus den USA habe alles verkaufen und in die Schweiz zurückkehren müssen, weil ihre Konten gekündigt worden seien.

Herr Stucky erklärt, PostFinance sei keine eigentliche Bank und habe keine Lizenz, sondern unterstehe speziellen gesetzlichen Regelungen. Sie habe einen Grundversorgungsauftrag. So dürfe sie im Finanzsektor jede Transaktion machen und habe das Recht, Vermögensverwaltung anzubieten. Es wäre denkbar, dass der Bund, gestützt auf den Grundversorgungsauftrag, mit der Post eine Übereinkunft bzw. eine Leistungsvereinbarung abschliesst, welche die für Auslandschweizer unentbehrlichen Dienstleistungen abdeckt.

Herr Eggly bittet Herrn Stucky, seine viel versprechenden Überlegungen dem Vorstand schriftlich abzugeben.

Herr Gysin will den Druck auf Banken und Behörden erhöhen. Diskriminierung müsse bekämpft werden. Der Bund müsse das System ändern. Es sei ungeheuerlich, wenn der Bundesrat sage, er habe keine Instrumente. Der Bundesrat könne die Banken in direkten Gesprächen beeinflussen und mit einer konsequenten Weissgeldstrategie beitragen, die Situation der Auslandschweizer zu verbessern.

Herr Eggly erinnert an den Vorschlag McGough, dass die ASO ihre Bankkonten auflösen und zu PostFinance gehen solle.

Herr McGough fügt an, man könne wieder zurück, wenn es bei PostFinance auch nicht mehr möglich sei. Es gehe darum, ein Zeichen zu setzen.

Herr Engeler erwidert, vor einem Jahr habe der ASR kritisiert, dass die ASO bei der CS Konten habe. Darauf sei man zur BEKB gezogen.

Herr Lichtenstern verweist auf die Antwort des Bundesrates an Nationalrat Stamm, wonach die Banken geschäften könnten, mit wem sie wollten. Er habe vom Direktor der Bankiervereinigung gefordert, die Auslandschweizer zumindest frühzeitig über Entscheide über ihre Konten zu informieren und eine Liste mit Banken, die mit Auslandschweizern verhandeln, herauszugeben. Die Bankiersvereinigung könne aber keine Regeln für die Banken herausgeben. Sie sei aber bereit für den Dialog mit der ASO.

Herr Lardi wirft ein, wenn der ASR über den Vorschlag McGough abstimme, verliere die ASO ihre Glaubwürdigkeit.

Herr McGough zieht seine Forderung zurück, will aber, dass wenn das Problem weiterhin besteht, die Frage im nächsten Jahr geprüft werde.

Der Präsident bringt folgenden Resolutionstext (**Dokument R-2012/12**) zur Abstimmung:

Resolution Banken

Die Auslandschweizer sind zunehmend empört über die Schweizer Banken.

Für den Auslandschweizererrat ist es inakzeptabel, vor allem in Anbetracht der zunehmenden Mobilität, dass Personen, welche ihre Guthaben deklarieren, also die Steuergesetze ihres Wohnsitzlandes respektieren, keine Bankbeziehungen in ihrem Herkunftsland mehr unterhalten können oder nur zu überhöhten Gebühren. Er verwahrt sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Wohnorts oder in Form einer hohen Mindesteinlage, welche die meisten Auslandschweizer ausschliesst.

Der Auslandschweizererrat ruft Banken und Behörden auf, Lösungen zu unterbreiten, welche es unseren Mitbürgern im Ausland, die sich an die Steuergesetze halten, ermöglichen, in der Schweiz Bankbeziehungen zu vernünftigen Bedingungen zu pflegen.

Der Rat verabschiedet die Resolution einstimmig.

9. SwissCommunity – Nutzung durch Schweizervereine

Herr Eggly verweist auf das **Dokument R-2012/8**. Er informiert den ASR, dass Frau Rustichelli von L'Hébdö unter die 100 einflussreichsten Personen in der Romandie gewählt wurde. Er gratuliert ihr und freut sich über den Erfolg auch für SwissCommunity.

Herr Lemeslif fragt, ob Künstler via SwissCommunity ihre Werke verkaufen dürften.

Frau Rustichelli antwortet positiv, wenn es privat sei und die Mitglieder nicht beworben würden.

Frau Prutsch würde einen Workshop am Kongress über SwissCommunity begrüßen. Über SwissCommunity seine viele Leute für die Schweizer Vereine zu motivieren.

Frau Rustichelli bestätigt, dass in Lausanne ein Workshop stattfinden werde. Es werde auch eine DVD für die Schweizer Vereine produziert, damit diese Werbung machen können.

Herr Notz fragt, in welchen Sprachen das Material verfügbar sein werde.

Frau Rustichelli antwortet, Englisch werde im Mai bereit sein, Deutsch und Französisch im Juli.

Frau Beutler-Fauguel sagt, in Italien sei eine Jugendgruppe gegründet worden. Durch SwissCommunity habe man jetzt auch mehr junge Leute für den Kongress.

Herr Begey fragt, wann Mitglieder nach Regionen identifiziert und aufgelistet werden können.

Frau Rustichelli antwortet, diese Änderung müsse von Hand bei jedem Mitglied vorgenommen werden, man arbeite daran.

11. ASR-Neuwahl 2013 – Pilotprojekt E-Wahl

Herr Wyder informiert, der ASR werde im August 2013 für eine neue 4-jährige Amtsperiode konstituiert. An der kommenden Sitzung habe der Rat über die Sitzverteilung und die Wahlmodalitäten zu beschliessen. Im Herbst 2012 erfolge die Ausschreibung. Er macht darauf aufmerksam, in Zukunft könne nur in den Rat gewählt werden, wer im Land wohnt, das zu vertreten sei, es sei denn, es gebe keine andere Kandidatur.

Frau Mastantuoni verweist auf das **Dokument R-2012/9** betreffend das Pilotprojekt E-Wahl in 1-2 Ländern.

Frau Ruchet wirft ein, das neue System werde für die Kandidaten grosse Kosten mit sich bringen in Bezug auf Wahlkampagne, Unterschriftensammlung, etc.

Frau Mastantuoni sagt, die Schweizer Vereine würden eine zentrale Rolle spielen. Die Unterschriftensammlung für Kandidaturen und die Kampagne müsse im Detail noch besprochen werden.

Auch Herr Begey fügt an, die finanzielle Frage müsse geklärt werden.

Herr Dürr sieht ein Problem der Komptabilität zwischen E-Voting und den Vereinen. Diejenigen, die in ein Stimmregister eingetragen seien, seien oft nicht dieselben wie die, die in einem Schweizer Verein aktiv seien. Mit der neuen Lösung würden eine ganze Reihe Personen angeschlossen.

Für Frau Mastantuoni liegt hier die Herausforderung des Projekts. Es sei wichtig, dass die Delegierten im ASR Personen seien, die gute Beziehungen zu den Institutionen der Schweizergemeinschaften hätten.

Herr Lichtenstern fragt, wie die Auslandschweizer sensibilisiert werden können, sich in ein Stimmregister einzutragen.

Für Frau Aaröe kommt das Wahlvorgehen zu früh. Erst müssten die Probleme gelöst werden.

Frau Mastantuoni erklärt, der ASR habe seine eigene Legitimation stärken wollen und habe entschieden, in Zukunft per E-Voting zu wählen.

Frau Michel bekräftigt, der ASR habe am 27. März 2010 beschliessen, das Projekt durchzuführen. Nun solle der Pilotversuch gestartet werden.

Herr Martin fragt, warum nicht Post- und elektronischer Weg koexistieren können.

Frau Mastantuoni antwortet, dies sei eine Kostenfrage.

12. Aktuelle Stunde

Herr Knoblauch stellt fest, das Abstimmungsergebnis über Zweitwohnungen habe bei den Auslandschweizern Unverständnis hervorgerufen. Die ASO müsse den Auslandschweizern aufzeigen, wie die neue Rechtslage sie betreffe.

Herr Süess dankt swissinfo für die gute Arbeit. Er bedauert die Auflösung des Publikumsrates. Weiter verweist er auf die 64. Konferenz der ASO-Deutschland, welche vom 17.-21. Mai in Kassel stattfinden wird und lädt alle Anwesenden ein.

Herr Begey ist unzufrieden, dass swissinfo aus finanziellen Gründen nicht mehr an der UASF-Konferenz mit einem Stand anwesend sein wird.

Herr Lemeslif fordert alle auf, swissinfo zur Startseite zu machen.

Herr Wyder antwortet Herrn Süess, dass der ASR nun in gewisser Weise der Publikumsrat sei und swissinfo kritisch begleiten solle.

Herr Giovannini von swissinfo bedauert, dass kein Stand an der UASF-Konferenz mehr möglich ist. Er freut sich, wenn vom ASR Bemerkungen zu swissinfo eingehen.

Herr Brulhart verweist auf das Erinnerungsbuch, das zur Veranstaltung der Swiss Singing Society, dem Dachverband der Chöre in Kanada, herausgegeben wurde, und verteilt eine Anzahl unter die Ratsmitglieder.

Frau Ruchet fragt nach ihrem Status als ASR-Delegierte für Spanien. Sie wohne neu in Frankreich.

Frau Mastantuoni antwortet, dies müssten die Schweizer Vereine, die sie gewählt hätten, beantworten. Für die ASO gelte sie als gewählt für die gesamte Amtsdauer.

Herr Gerber hat im Januar 2011 eine Frage betreffend Krankenkasse an den Vorstand gerichtet und wünscht eine Antwort.

Frau Mastantuoni antwortet, Krankenversicherungen seien nicht verpflichtet, Personen nach Auswanderung weiter zu versichern. Auf Privatbasis sei es möglich. Das Problem müsse im Auslandschweizergesetz mit einbezogen werden. Eine spezielle Versicherung für Auslandschweizer sei politisch kaum durchsetzbar.

Frau Violet rät, sich nach zwei Jahren im Ausland durch die Gesellschaft IHI versichern zu lassen.

Herr Gerber wendet ein, wenn jemand mit mehr als 60 Jahren in ein nicht EU-Land auswandere, nehme ihn die IHI nicht mehr an.

Herr Guisan kommt auf seine schriftliche Anfrage an den Vorstand zurück, in welcher er ausdrückt, dass es nicht normal sei, dass die Gemeinsame Einrichtung KVG bei den Rückerstattungen von ambulanten Leistungen gemäss dem System des „tiers-garant“ vorgehe. Es würden sich daraus administrative Komplikationen ergeben, welche auf das Unverständnis der Angehörigen der EU und der in der EU wohnhaften Schweizer stosse betreffend der Modalitäten der Zahlungen der während eines Aufenthalts in der Schweiz erhaltenen ambulanten Behandlungen. Die Gemeinsame Einrichtung KVG sollte diese Honorare gemäss dem System des « tiers payant » rückerstatten. Das gleiche gilt für die in der EU wohnhaften aber in der Schweiz versicherten Schweizer. In seiner Antwort verkündet der Vorstand, sich der Frage anzunehmen und eine Lösung zu fordern.

Auch Herr Schnyder weiss von Fällen, wo ab 55 Jahren Personen nicht mehr angenommen wurden.

Herr Bloch weist auf einen Fall, wo die Krankenkasse via Internetrecherche herausgefunden hat, dass eine Person im Ausland wohnt und diese daraufhin hinausgeworfen hat.

Frau Mastantuoni bedauert, dass die Versicherungen machen können, was sie wollen. Wenn jemand allerdings ins Ausland gehe, so habe er die Pflicht, dies seinem Versicherer zu melden.

Herr Engeler stellt fest, dass die Nummer der Helpline nicht genügend publiziert sei.

Herr Lichtenstern nimmt dies zur Kenntnis. Die Nummer sei: 0800 24 7 365. Sie stehe in der Schweizer Revue, auf der Website des EDA, auf den Seiten der Vertretungen und auf SwissCommunity.

Herr Brunner bemerkt, viele Auslandschweizer hätten durch die Plafonierung des Franken-Euro-Kurses Geld verloren. Er wünscht vom Vorstand einen Resolutionsentwurf für die nächste Versammlung.

Herr Gysin dankt für die verschiedenen Anregungen und versichert, dass Vorstand und Direktion der ASO diese – soweit nicht schon erledigt - gerne zur Prüfung entgegen nimmt.

13. Schweizer in Russland – Präsentation

Herr Schnyder freut sich, seine Wahlheimat vorstellen zu dürfen. Er habe 1998 begonnen, Russland zu bereisen und sei 1993 ausgewandert. Seit 8 Jahren sei er Geschäftsführer von Phonak in Russland und seit 2010 Delegierter im ASR. Russland sei das grösste Land auf Erden. 85% der Bevölkerung lebten im europäischen Teil. Das Land erstreckte sich über neun Zeitzonen. Moskau sei heute eine moderne Stadt mit Hochbauten, Läden gefüllt mit Produkten, die Leute hätten Geld. Es habe sich enorm verändert, zur zweitgrössten Konsumgesellschaft in Europa. Dem grössten Teil der Bevölkerung gehe es heute viel besser als vor 10 Jahren. Grund für den Wohlstand sei der stark gestiegene Ölpreis. Es gebe nur 713 Schweizer in Russland, aufgeteilt in zwei Konsularbezirke. Die Konsulate seien sehr wichtig, weil Visumpflicht bestehe. Der Schweizer Club Russia sei 1994 gegründet worden, damals als Businessclub. Heute sei es mehr ein sozialer Club, der die 1. Augustfeier organisiere sowie Ausflüge, Frühstücke, Jasstreffen, etc. Viele Schweizer Firmen seien in Russland ansässig, jedoch würden diese oft keine Schweizer beschäftigen. Zum Schluss stellt Herr Schnyder Sehenswürdigkeiten in Russland und bereisenswerte Orte vor.

Herr Eggy dankt Herrn Schnyder für die sehr interessante Präsentation.

14. Jahresbericht 2011

Der Jahresbericht (Dokument R-2012/1) wird einstimmig gutgeheissen.

15. Jahresrechnung 2011

Herr Engeler stellt die Jahresrechnung 2011 (**Dokumente R-2012/2a+b**) vor. Es muss ein Verlust von CHF 183'852.36 ausgewiesen werden. Dies obwohl das Budget 2011 von Sekretariat gut eingehalten worden sei. Gründe für den Verlust sind: Die Bilanzierung von nicht bezogenen Ferientagen des Personals, welche bisher nicht in der Jahresrechnung aufgeführt wurden, Mindereinnahmen bei Swiss-Community und ein ungeplanter Serverersatz.

Herr Knoblauch findet, die früheren Buchprüfer müssten belangt werden, weil die nicht bezogenen Ferientage bis anhin nicht bilanziert wurden.

Herr Engeler erwidert, dass die frühere Revisionsstelle darauf hingewiesen habe, der Vorstand es früher aber abgelehnt habe.

Der ASR stimmt der Jahresrechnung 2011 und dem Bericht der Revisionsstelle einstimmig bei vier Enthaltungen zu und erteilt dem Vorstand Decharge.

16. Budget 2012

Herr Engeler erklärt das Budget 2012 (**Dokumente R-2012/2a+b**). Es sei ein Verlust von CHF 48'000 budgetiert. In der heutigen Form sei es der ASO nicht mehr möglich, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Die Aufgabe des Vorstandes in diesem Jahr sei es, entweder die Möglichkeit zu schaffen, dass die Einnahmen wachsen, oder es müsse Personal abgebaut werden. Die Reserven seien leicht geschmolzen. Er schlägt dem Rat vor, das Budget anzunehmen, verbunden mit dem Auftrag an den Vorstand, die Einnahmen zu steigern oder die Ausgaben zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Budget 2011 einstimmig bei fünf Enthaltungen zu.

Herr Engeler erklärt, woher die Gelder der ASO kommen: 31.4% Bundessubventionen, 36.7% Dienstleistungen, 27.8% Mandate und 4.1% Spenden. Insgesamt machen Spenden sowie projektgebundenes Fundraising/Sponsoring 19.4% der Einnahmen aus. Die Ausgaben entfallen zu 62.7% auf Personal. Alles Weitere seien Posten, die kaum mehr zu Einsparungen beitragen können.

Herr Knoblauch wirft ein, die ASO müsse ihre Fundraising-Strategie ändern. Es solle eine Stiftung gegründet werden, damit Beiträge (an die Stiftung) steuerabzugsfähig sind.

Herr Engeler dankt für den Vorschlag. Dieser werde im Vorstand diskutiert.

17. Wahlen (ASR, Vorstand, Kommission Schweizer Revue)

Herr Eggly verweist auf die **Dokumente R-2012/10a+b**. Vakant sei ein Vorstandssitz. Die ASO sei eine parteipolitisch neutrale Organisation. Die politische Diversität in den Organen sei jedoch wichtig. Der Vorstand schlage deshalb dem Rat die Wahl von SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel in den ASR und in den Vorstand der ASO vor.

Der Rat wählt Roland Rino Büchel einstimmig bei zwei Enthaltungen zum Mitglied des ASR.

Der Rat wählt Roland Rino Büchel einstimmig bei drei Enthaltungen zum Mitglied des Vorstandes der ASO.

Herr Büchel dankt und freut sich, die Anliegen der Auslandschweizer im Nationalrat einzubringen.

Herr Eggly erklärt, Herr McGough habe seine Kandidatur für die Kommission Schweizer Revue zurückgezogen.

Herr McGough erklärt, als Mitbesitzer des Flughafens Budapest habe er seit dem Konkurs der Fluggesellschaft Malev viel Arbeit. Dies erlaube ihm nicht mehr, eine weitere ehrenamtliche Tätigkeit anzunehmen. Er bittet um Verständnis und unterstützt die beiden anderen Kandidaten.

Herr Eggly stellt die beiden Kandidaten Ivo Dürr/Österreich und Jürg Neuhaus/Saudi Arabien vor. Die Kommission Schweizer Revue begleite die Zeitschrift und die Redaktion, die unter der Leitung von Barbara Engel hervorragende Arbeit leiste.

Es werden 58 gültige Stimmbulletins eingereicht und eine Enthaltung. Herr Dürr wird mit 46 Stimmen gewählt, Herr Neuhaus erhält 11 Stimmen.

Herr Eggly gratuliert Herrn Dürr zu seiner Wahl.

18. Anerkennung von Schweizervereinen

Gemäss den **Dokumenten R-2012/11a, 11b und 11c** steht die Anerkennung des „Groupe d'études helvétiques de Paris“, der „Swiss Society Samui“ und der „Association des Suisses de l'Isère“ als Schweizer Vereine an.

Herr Eggly erklärt, die Anträge entsprächen den reglementarischen Normen.

Die drei Vereinigungen werden einstimmig anerkannt.

19. Verschiedenes

Herr Fankhauser hat mit dem Schweizer Verein in der Dominikanischen Republik eine Sozialversicherung aufgebaut und stellt diese kurz vor. Für Detailinformationen stehe er gerne zur Verfügung.

Frau Rustichelli lädt alle Anwesenden zum 90. Auslandschweizer-Kongress in Lausanne ein. Dieser findet statt vom 17.-19. August 2012 unter dem Thema „Mobilität und Innovation: Die Schweiz in Zeiten internationaler Herausforderungen“.

Die nächste Sitzung des ASR findet am **Freitag, 17. August 2012** im Rahmen des 90. Auslandschweizer-Kongresses im Palais de Rumine in Lausanne statt. Die ASR-Sitzung im nächsten Frühjahr findet am **Samstag, 16. März 2013** in Bern statt.

Der Präsident dankt den Vertretern des EDA, den Referenten, den Medien, den Gästen, dem Publikum, den Übersetzerinnen, dem Team der Geschäftsstelle sowie den Mitgliedern des ASR für Präsenz und Engagement.

Die Sitzung wird um 17.45 Uhr geschlossen.

Die Protokollführerin: Anna Diezig

